

 **Aus der eaf Arbeit**

● **Konferenz der Landesgeschäftsführenden der eaf am 22.-23. März in Hannover**



Die Geschäftsführenden aus den Landesarbeitskreisen/Landesverbänden informierten sich gegenseitig über die Schwerpunkte der eaf-Arbeit und die familienpolitischen Schwerpunkte der jeweiligen Bundesländer und Landeskirchen. Am zweiten Tag stand ein Gespräch mit Frau OKR C. Coenen-Marx über den Umgestaltungsprozess eaf-BAG auf dem Programm.

● **Sitzung des Fachausschusses 2 Bildung, Beratung, Soziale Infrastruktur der eaf am 29. März 2012**

Der Fachausschuss befasste sich mit dem Thema „Paare“ im Focus. Dazu wurde die Konzeption für eine Unterwebsite zum Thema Paare fachlich diskutiert. Außerdem wurde eine erste Zusammenfassung der Rückmeldungen der Befragung der eaf Mitgliedsorganisationen zum Thema „Paare“ zur Kenntnis genommen.

● **Sitzungen der Steuerungsgruppe für den Zusammenführungsprozess eaf-BAG am 29. März und am 30. April 2012**

Die Steuerungsgruppe hat sich auf Eckpunkte einer Organisationsstruktur geeinigt. Viele Details sind aber noch offen. Die Eckpunkte sollen auf einer Informationsveranstaltung am 1. Juni 2012 in Kassel den Mitgliedern beider Verbände vorgestellt werden.

● **Informationsveranstaltung zum Stand des BAG-eaf-ORGA-Prozesses am 1. Juni 2012 in Kassel**

Zu dieser Veranstaltung sind alle Mitglieder der beiden Verbände herzlich eingeladen. Wir freuen uns auf zahlreiche Beteiligung. [http://www.eaf-bund.de/fileadmin/user\\_upload/Termine/Informationsveranstaltung\\_Kassel\\_010612.pdf](http://www.eaf-bund.de/fileadmin/user_upload/Termine/Informationsveranstaltung_Kassel_010612.pdf)

● **eaf Pressemitteilung** am 2. April 2012: [Betreuungsgeld nicht umsetzen!](#)

● **eaf Pressemitteilung** am 14. März 2012: [Expertenkommission der Bundesregierung: Familien brauchen Zeit füreinander](#)

- **Familien stärken in evangelischer Perspektive (Sozialwissenschaftliches Institut der EKD)**

epd Dokumentation erschienen – 60 Seiten / 5,10 €

Inhaltsverzeichnis der epd Dokumentation:

»**FAMILIEN STÄRKEN IN EVANGELISCHER PERSPEKTIVE**«, EISENACH, 2.-3. FEBRUAR 2012

- Prof. Dr. Gerhard Wegner: »Einführung in das Thema – Eröffnungsstatement« Grundsatzbeiträge

**GRUNDSATZBEITRÄGE**

- Prof. Dr. Barbara Thiessen: »Wie geht Familie heute? Veränderte Lebensbedingungen – Herausforderungen und Leitbilder heute«
- Prof. Dr. Bernhard Mutschler: »Perspektiven eines evangelischen Verständnisses von Familie«
- Sabrina Johann: »Merkmale familienbezogener Arbeit in drei Landeskirchen – Forschungsergebnisse aus dem Sozialwissenschaftlichen Institut der EKD«
- Prof. Dr. Michael Domsgen: »Wie Gemeinden Familien Raum geben«

**FACHFOREN**

- Paula Lichtenberger: »Neue Zentren für Familien«
- Ursula Kress: »Kirche als Arbeitgeberin – Vereinbarkeit von Familie und Beruf«
- Reinhard Grohmann: »Profiliert evangelisch? Kirchlich-diakonische Angebote für Familien«
- Christian Beuchel: »Vernetztes Arbeiten als gemeindepädagogischer Auftrag«

**IMPULSE**

- Cornelia Coenen-Marx: »Das Thema Familie – Entwicklungen und Perspektiven«
- Jochen Bohl: »Arbeitsfeld Familie in Kirche und Gesellschaft«

**BEITRÄGE ZUM PODIUM »FAMILIEN STÄRKEN IN EVANGELISCHER PERSPEKTIVE«**

Christian Schwindt, Prof. Dr. Ute Gerhard, Birgit Löwe und Christel Riemann-Hanewinkel

(epd Dokumentation – Jahrgänge 2011/2012: Einzelne Hefte von epd Dokumentation können direkt im PDF-Format abgerufen werden. Die Kostenabwicklung erfolgt über das Unternehmen „click&buy“. Bestellung der Printausgabe <http://www.epd.de/bestellungen/formulare/epd-dokumentation> )

## Aus der Mitgliedschaft

- **Verband Ev. Familienerholung:** Über 80 gemeinnützige Familienferienstätten in Deutschland sind jetzt auf einen Klick erreichbar über das neue Anfrageportal [www.urlaub-mit-der-familie.de](http://www.urlaub-mit-der-familie.de).

Auch 40 evangelische Häuser sind mit dabei. Ob für die eigene Familie oder für Kinder- und Jugendgruppen, für Klassenfahrten und Chorfreizeiten, Seniorenreisen oder Tagungen: innerhalb eines Tages erhält man die „Trefferliste“ mit den Häusern, die zum Wunschtermin noch freie Kapazitäten haben.

Die Eingabemaske enthält viele Auswahlkriterien: Ob Meer oder Berge, ob Sauna oder Schwimmbad, ob Familienzimmer mit Vollpension oder Ferienhaus mit Selbstversorgung, ebenso bunt wie die Familien oder Gruppen sind die Angebote der teilnehmenden Häuser. Als besonderen Service gibt es die Umkreissuche, die bei Wochenendreisen und -freizeiten hilft, ein Ziel in erreichbarer Nähe zum Wohnort zu finden. Über ein Freitextfeld lassen sich auch Sonderwünsche eintragen, z.B. verschiedene Gruppenräume für Chor- oder Gemeindefreizeiten, Fragen zu Besonderheiten bei der Ernährung u.a.m.

- **agae Broschüre „Allein erziehen“ erschienen**

Alleinerziehend zu sein, ist eine der vielen Formen, Familie zu leben. Die Gründe, als Mutter oder Vater die tägliche Erziehungsverantwortung für Kinder und die Sorge um den Lebensunterhalt für die Familie überwiegend allein wahrzunehmen sind bunt wie das Leben selbst. Ob geschieden oder ob Kinder von Anfang an allein erzogen werden, ob unverheiratet oder ob nach dem Tod des Lebenspartners oder der Lebenspartnerin, immer stellt das Alleinerziehen hohe Anforderungen an Mütter und Väter.

Mit „Allein erziehen“ will die Arbeitsgemeinschaft alleinerziehender Mütter und Väter im Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V. (agae) dazu beitragen, die Belange von alleinerziehenden Eltern und ihren Kindern in den Mittelpunkt zu stellen und will deutlich machen, dass diese Familien größere gesellschaftliche Akzeptanz und Wertschätzung erfahren müssen. Angesichts der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung ist es dringend notwendig, das Augenmerk auf die sozioökonomischen und rechtlichen Bedingungen Alleinerziehender zu richten. Sie benötigen Begleitung und Unterstützung, um die Anforderungen gut bewältigen zu können.

In dieser Broschüre kommen alleinerziehende Mütter und Väter selber zu Wort und erzählen, welche Herausforderungen und Schwierigkeiten sich ihnen stellen und wie sie diese erleben. „Allein erziehen“ gibt damit ergänzend zu fachlichen Aspekten einen eindrucksvollen persönlichen Einblick in den Alltag Alleinerziehender.

Hier können Sie in der Broschüre lesen: [http://www.eaf-bund.de/fileadmin/user\\_upload/Materialien\\_Mitglieder/Allein\\_erziehen\\_M%C3%A4rz\\_2012.pdf](http://www.eaf-bund.de/fileadmin/user_upload/Materialien_Mitglieder/Allein_erziehen_M%C3%A4rz_2012.pdf)

Bestelladresse für Print-Ausgaben: Zentraler Vertrieb des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland e.V.

Karlsruher Straße 11 70771 Leinfelden-Echterdingen Telefon: +49 711 21 59-777

Telefax: +49 711 797 75 02 E-Mail: [Vertrieb@diakonie.de](mailto:Vertrieb@diakonie.de) ISBN 978-3-941458-47-5

- **Neue Vorsitzende für die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen Sachsen-Anhalt e.V. (eaf)**

Die eaf ist der familienpolitische Dachverband evangelischer Einrichtungen und Werke in Sachsen-Anhalt. Die Mitgliederversammlung hat am 18.04.2012 einstimmig Christiane Kellner zur neuen Vorsitzenden gewählt. Gleichzeitig wurde der bisherigen Vorsitzenden, Katja Albrecht, für ihr großes Engagement während der letzten Jahre gedankt.

Frau Kellner ist Superintendentin des Ev. Kirchenkreises Merseburg. Sie freut sich darauf, ihre Ideen in ihre neue Aufgabe einzubringen und die Arbeit mit Familien nicht nur in ihrem Kirchenkreis, sondern auch darüber hinaus zu fördern.

- **Woche für das Leben vom 21.-28. April 2012**

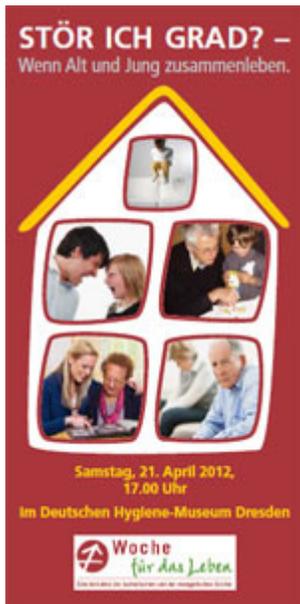


(v.l.n.r.) Sabine Schmerschneider (eeb Sachsen), OKR Frank del Chin, Eva Brackelmann (eaf Sachsen)

Zu Beginn der diesjährigen bundesweiten Aktion „Woche für das Leben“ (21.-28. April 2012) fand für Sachsen eine ökumenische Auftaktveranstaltung am Sonnabend, 21. April, im Deutschen-Hygiene-Museum Dresden statt. Der Aktionstag war wieder eine Gemeinschaftsveranstaltung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens, des Bistums Dresden-Meißen und des Deutschen Hygiene-Museums Dresden.

Unter dem Motto „Stör ich grad? – Wenn Alt und Jung zusammenleben“ sollen in einem Fachvortrag und in Gesprächsgruppen Chancen und Fragen des Zusammenlebens von Generationen für ein breites Publikum erschlossen werden. In die Diskussion werden sich auch Vertreterinnen und Vertreter einzelner Initiativen, Vereine und Verbände

einbringen, die sich ehrenamtlich oder beruflich mit dem Thema ‚Generationen‘ befassen.



Oberkirchenrat Frank del Chin (Landeskirchenamt), sieht im Zusammenleben der Generationen von jeher eine Herausforderung für die Gesellschaft und auch für die Kirche. Aus dem Familienreport 2010 des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gehe hervor, dass beispielsweise die Bedeutung der Beziehung zwischen Enkeln und Großeltern tendenziell steige, so der Theologe.

Laut Statistik gibt die jüngere Generation zu Zweidritteln an, von der Großelterngeneration geprägt zu sein. Im gleichen Verhältnis erlebt diese Altersgruppe bis Ende zwanzig noch drei Generationen in der Familie.

„Als Familienpolitischer Dachverband der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens liegt uns der generationenübergreifende Aspekt in der Familienpolitik sehr am Herzen“, erläutert Eva Brackelmann, Geschäftsführerin der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen Sachsen (eaf Sachsen) den Konzeptionsansatz der Veranstaltung. „Wir sehen die Notwendigkeit, das Thema als Querschnittsaufgabe zu betrachten und sehen uns im Verbund mit vielen gesellschaftlichen Gruppen“, so Brackelmann.

„Wir wollen Antworten auf die seit 2001 anhaltende sächsische Entwicklung diskutieren: der Trend zu kleineren Haushalten. Während die Anteile der Ein- und Zweipersonenhaushalte gestiegen sind, verringerte sich der Anteil der Haushalte mit drei, vier oder mehr Personen. Ist das jetzt eine Entwicklung zur Separation und Individualisierung, die dem generationenübergreifenden und gemeinschaftlichen Gedanken entgegen steht? Oder eine Entwicklung, die völlig undramatisch zur Kenntnis zu nehmen ist?“, erläutert Frau Brackelmann den Klärungsbedarf.

Quelle: [http://www.evlks.de/aktuelles/themen/14895\\_18913.html](http://www.evlks.de/aktuelles/themen/14895_18913.html)

- **Drei Landesarbeitskreise der eaf führen in der Nähe des diesjährigen internationalen Tages der Pflegenden am 12. Mai 2012 Veranstaltungen durch:**

- 1. eaf Thüringen:**

„Wenn die Eltern älter werden“ Füreinander Sorgen und Pflegen in der Familie am 10. Mai 2012 im Forum Seebach in Weimar [http://www.eaf-bund.de/fileadmin/user\\_upload/Aktionen\\_Pflege/V2\\_neu\\_Faltblatt\\_Podiumsgespr%C3%A4ch-Pflege\\_10-Mai-2012.pdf](http://www.eaf-bund.de/fileadmin/user_upload/Aktionen_Pflege/V2_neu_Faltblatt_Podiumsgespr%C3%A4ch-Pflege_10-Mai-2012.pdf)

- 2. eaf Berlin-Brandenburg e.V.:**

Fachtagung 10. Mai 2012 Potsdam: Pflegende Angehörige zwischen Nächstenliebe, Ehrenamtlichkeit und Professionalität. Tagung der Ev. Erwachsenenbildung in Berlin-Brandenburg, der eaf Berlin - Brandenburg e. V. und des AKD [http://www.eaf-bund.de/fileadmin/user\\_upload/Aktionen\\_Pflege/Flyer\\_Fachtagung\\_2012\\_Pflegende\\_Angeh%C3%B6rige\\_\\_2\\_.pdf](http://www.eaf-bund.de/fileadmin/user_upload/Aktionen_Pflege/Flyer_Fachtagung_2012_Pflegende_Angeh%C3%B6rige__2_.pdf)

- 3. eaf Sachsen e.V.:**

Familienpflegezeitgesetz und wie weiter? Pflege als gemeinsame Aufgabe von Politik, Familie und Kirchengemeinde

Zu einem Gesprächsabend mit Impulsreferaten zum Thema ‚Pflege‘ lädt die eaf Sachsen e.V. am Mittwoch, den 9. Mai 2012, 17 bis 20 Uhr ins Familienzentrum Radebeul, Altkötzschenbroda 20, 01445 Radebeul, ein.

[http://www.eaf-bund.de/fileadmin/user\\_upload/Aktuelles/Flyer\\_Pflege\\_VA\\_9\\_5\\_2012.pdf](http://www.eaf-bund.de/fileadmin/user_upload/Aktuelles/Flyer_Pflege_VA_9_5_2012.pdf)

- **AGF - Die Strategien der Bundesregierung gegen die wachsende Armut sind unzureichend.**

Das haben Wohlfahrts- und Familienverbände in Berlin kritisiert. Es reiche bei weitem nicht aus, nur die Beschäftigungsquote zu erhöhen. [http://www.eaf-bund.de/fileadmin/user\\_upload/Pressemittei-](http://www.eaf-bund.de/fileadmin/user_upload/Pressemittei-)

- **Position der AGF zur Zukunft der Pflege**

Die Pflegereform soll am 01. Januar 2013 in Kraft treten. Inhalt der Reformvorschläge sind vor allem bessere Leistungen für Demenzkranke und ihre Angehörigen sowie die zukünftige Finanzierung der Pflegeversicherung. Aus Sicht der AGF reichen die aufgeführten Maßnahmen jedoch nicht aus, um Familien bei der Pflege zu entlasten.

Die in der AGF zusammengeschlossenen Familienverbände haben deshalb gemeinsam eine Position zur Zukunft der Pflege entwickelt. Familien werden durch einen Pflegefall vor besondere Herausforderungen gestellt. Sie übernehmen für ihre pflegebedürftigen Angehörigen Verantwortung und wollen ihnen eine gute Versorgung zuteil werden lassen. Dies tun sie auf unterschiedliche Art und Weise: Indem sie Angehörige alleine oder mit Unterstützung professioneller Pflegedienste zu Hause pflegen oder indem sie sich um ihre Angehörigen in stationären Einrichtungen kümmern. Familien brauchen in dieser Situation zuverlässige und systematische Unterstützung sowie verlässliche zeitliche Ressourcen.

Das AGF Positionspapier unter [http://www.ag-familie.de/media/docs/pflege/agf\\_pos\\_pflege.pdf](http://www.ag-familie.de/media/docs/pflege/agf_pos_pflege.pdf)

Quelle AGF am 28. 3. 2012

## **Tagungen und Veranstaltungen**

- **Tagung der Ev. Akademie Tutzing: Lebensgeschichten Generationen im Gespräch, Pfingsten, 28. bis 31. Mai 2012**

Lebensgeschichten stehen im Mittelpunkt der Pfingsttagung. Im Dialog zwischen den Generationen wollen wir uns mit der eigenen oder der Biographie anderer auseinandersetzen: in Texten, in Bildern oder als Laienfilmer mit dem Handy. Programm und Anmeldung über: <http://web.ev-akademie-tutzing.de/cms/index.php?id=576&part=prog&lfdnr=1796>

Biographien der Zeitgeschichte begegnen uns in einigen Referaten: Wie ging man in der Künstlerfamilie Wedekind miteinander um? Anatol Regnier, Enkel von Frank und Tilly Wedekind, erzählt – und später am Abend wird der wunderbare Chansonnier auch singen.

Gisela Heidenreich berichtet von der schwierigen biographischen Annäherung an die große Liebe ihrer Mutter, einen „Schreibtischtäter“ des Nazi-Regimes.

- **4. Juni 2012 – Abschlusstagung des Modellprojektes „Mehrgenerationenhäuser als Orte für Demenzkranke und ihre Angehörigen“**

Am 4. Juni findet in Berlin die Abschlusstagung des Modellprojektes „Mehrgenerationenhäuser als Orte für Demenzkranke und ihre Angehörigen“ unter dem Motto „Miteinander-Füreinander“ statt. Das Bundesfamilienministerium hat das Modellprojekt seit 2009 gefördert. Die Tagung widmet sich in Vorträgen und Workshops unter anderem den Aspekten „Menschen mit Demenz in der Gesellschaft“, „Bewegen durch Musik“ und „Erfahrungen mit generationsübergreifenden Angeboten“. Eine Broschüre über die Erkenntnisse des Modellprojektes wird auf der Veranstaltung vorgestellt und anschließend an die Mehrgenerationenhäuser verbreitet, um deren Aktivitäten im Bereich Demenz zu unterstützen.

Weitere Informationen unter: <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/veranstaltungen,did=184362.htm>

## Familienpolitische Entwicklungen

- **Der Achte Familienbericht: „Zeit für Familie“**

Am 14. März 2012 hat das Bundeskabinett den Achten Familienbericht zum Thema „Zeit für Familie. Familienzeitpolitik als Chance einer nachhaltigen Familienpolitik“ beschlossen und dem Bundestag vorgelegt. Die Bundesregierung plant, Zeitpolitik als eigenständiges Politikfeld zu gestalten. Die Sachverständigenkommission zum Achten Familienbericht hat vier zentrale Handlungsfelder herausgearbeitet mit dem Ziel, die notwendigen zeitlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Familien zu schaffen.

Zeit für Familie ist in unserer Gesellschaft trotz eines relativen Zeitwohlstands eine knappe Ressource. In bestimmten Lebenslagen, etwa bei der Gründung einer Familie oder der Pflege von Angehörigen, entstehen Zeitkonflikte. Doch ob Familien zusammenhalten können, ist in erster Linie eine Frage der Zeit. [...]

Eine eigenständige Zeitpolitik soll künftig die bereits bestehenden Aktivitäten der Bundesregierung bündeln und fortsetzen. Die Einführung des Elterngeldes, der Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige und die Initiative „Familienbewusste Arbeitszeiten“ unterstützen Eltern schon heute, ihren Familienalltag freier zu gestalten.

Ausgangsthese des Achten Familienberichts war: In Deutschland gibt es keinen generellen Zeitmangel, sondern es steht vergleichsweise viel Zeit zur Verfügung. Dafür sprechen eine wachsende durchschnittliche Lebenserwartung sowie Wochen- und Jahresarbeitszeiten, die unter dem OECD-Durchschnitt liegen. Dennoch herrschen in bestimmten Lebensphasen und Familienkonstellationen eine besonders hohe Zeitknappheit und viele Zeitkonflikte. Dagegen haben Menschen im höheren Lebensalter nach dem Erwerbsleben dagegen oft ein – so empfundenes – Zuviel an Zeit.

Sowohl bei der Entscheidung, eine Familie zu gründen, die zumeist im selben Lebensalter wie wichtige berufliche Entscheidungen getroffen wird, als auch im Familienalltag steht die Gesellschaft heute vor neuen Herausforderungen: Mütter und Väter wollen in der Regel Familie und berufliche Entwicklung gut vereinbaren können. Kinder brauchen verlässliche Zuwendung ihrer Eltern und Entwicklungschancen. Ältere Familienmitglieder brauchen Fürsorge und Unterstützung, mehr und mehr auch Pflege. [...]

Der Achte Familienbericht hat die Konsequenzen von Zeitkonflikten auf das Wohlbefinden und die Lebensqualität von Familien und ihrer Mitglieder und deren gesamtgesellschaftliche und volkswirtschaftliche Dimensionen herausgearbeitet: Zeitkonflikte führen dazu, dass Kinderwünsche aufgeschoben und nicht realisiert werden, Karriere- und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten von Eltern – vor allem Müttern – eingeschränkt werden und Erwerbspotenziale ungenutzt bleiben.

Die Sachverständigenkommission war im Juli 2010 beauftragt worden, im Achten Familienbericht die zeitlichen Bedürfnisse von Familien zu analysieren und Gestaltungsmöglichkeiten einer gesellschaftlichen Zeitpolitik zu entwickeln. Der Bericht ist am 28. Oktober 2011 Bundesfamilienministerin Kristina Schröder übergeben worden.

Quelle: Magazin ImFokus des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Nr. 42 vom 15. März 2012 <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/Achter-familienbericht,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>

Die eaf bereitet gegenwärtig eine Stellungnahme zum 8. Familienbericht vor.

- **Interview mit Bundesfamilienministerin Schröder**

Die Ministerin äußert sich zu aktuellen Themen am 30. April in der FAZ

<http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/kristina-schroeder-es-gibt-keine-einheitsfamilien-11735302.html>

## ● Zweiter Integrationsindikatorenbericht der Bundesregierung liegt vor

Der zweite Integrationsindikatorenbericht untersucht den Stand der Integration in Deutschland anhand verschiedener Indikatoren. Er soll die Überprüfbarkeit von Entwicklungen und politischen Erfolgen in diesem Bereich ermöglichen.

Der zweite Integrationsindikatorenbericht, wurde im Dezember 2011 von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration herausgegeben. Integration wird im Kontext des Berichtes durch gleiche Teilhabechancen in den zentralen gesellschaftlichen Bereichen definiert. Ein Fortschritt von „Integration“ bedeutet somit die Angleichung der Lebensverhältnisse von Menschen mit Migrationshintergrund an die der Gesamtbevölkerung. Als Datengrundlage dienen vor allem Daten des Mikrozensus der Jahre 2005 bis 2010, ergänzt durch weitere amtliche themenspezifische Statistiken. Die Bundesregierung hat sich im Nationalen Integrationsplan zur Durchführung eines Integrationsmonitorings verpflichtet, um Integrationsprozesse beschreiben und die Integrationspolitik besser als bisher evaluieren zu können. Die Integrationsindikatorenberichte sollen hierfür ein wichtiges Instrument darstellen. [...]

Der erste Integrationsindikatorenbericht wurde auf verschiedenen Ebenen kritisiert. Viele der Anmerkungen wurden nun im Folgebericht aufgegriffen und umgesetzt. So wurde die Zahl der Indikatoren reduziert und über einen längeren Zeitraum generierte Daten herangezogen. Inhaltlich verzichtete man auf die im ersten Bericht erfolgte Differenzierung nach Herkunftsländern, um einer Ethnisierung von Problemen vorzubeugen. Stattdessen bemüht sich der Bericht „Integrationschwierigkeiten im Kontext sozialstruktureller Probleme“ zu betrachten. Dies gelingt bedingt. Das zentrale Ergebnis des Berichts lautet: ein erheblicher Teil der in den Indikatoren abgebildeten Unterschiede zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund ist mit Ungleichheiten in der sozialen Herkunft zu erklären. Dieser Zusammenhang liegt nahe und ist für viele Menschen keine neue Erkenntnis, es kann jedoch vor allem für das Aufzeigen von politischem Handlungsbedarf äußerst hilfreich sein, dass die Bundesregierung durch empirische Datenerhebungen diese Tatsache bestätigt.

Weiter wird im aktuellen Bericht festgehalten, dass sich nicht alle messbaren Unterschiede in der Repräsentation von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund durch soziostrukturelle Merkmale, wie Bildung oder Einkommen erklären lassen. An manchen Stellen wird vermutet, dass sich die Unterschiede auf Sprachhindernisse, fehlende Kenntnisse über bestimmte Strukturen und Institutionen oder kulturelle Unterschiede zurückführen lassen. Viel zu vorsichtig wird Diskriminierung als Grund dafür vermutet, dass Menschen mit Migrationshintergrund bspw. überdurchschnittlich in prekären Arbeitsverhältnissen vertreten sind. Bei den meisten anderen Themen werden Diskriminierung oder Rassismus gar nicht erst genannt. Der Bericht dokumentiert mit statistischen Methoden ermittelbare Zusammenhänge zwischen Migrationshintergrund und soziostrukturellen Merkmalen; demnach ist verständlich, dass keine Gründe genannt werden, die aus den Daten nicht ersichtlich sind. Das offene Ergebnis, nicht alle Unterschiede seien durch soziostrukturelle Faktoren zu erklären, öffnet jedoch Tür und Tor für Kulturalisierungen und auf rassistischen Zuschreibungen basierende Herleitungen. [...]

Trotz aller Kritik und Einwände ist es dennoch gut, dass es diesen Bericht überhaupt gibt. Denn er zeigt nicht nur auf, wo Menschen mit Migrationshintergrund verglichen mit der Gesamtbevölkerung schlechter abschneiden, sondern macht auch deutlich, wo es politischen „Handlungsbedarf“ gibt und wo die Bundesregierung mehr tun sollte. Auch wenn viele der verwendeten Daten mit Vorsicht interpretiert werden sollten, hat die Regierung mit dem Integrationsindikatorenbericht ein Instrument geschaffen, an dem letztlich auch ihre eigene Arbeit gemessen werden kann. Nun kommt es darauf an, wie der Bericht verwendet und ausgelegt wird und welche Ergebnisse in den Medien hervorgehoben werden. Dass Jugendliche der zweiten Generation häufiger in der gymnasialen Oberstufe zu finden sind als Jugendliche ohne Migrationshintergrund mit derselben sozialen Herkunft, gleichzeitig auf dem Arbeitsmarkt jedoch nicht in gleichem Maße von ihren höheren Abschlüssen profitieren können wäre ein Ergebnis, dass wert wäre von der Bundesbeauftragten hervorgehoben zu werden.

Quelle: Diakonie Fachinformationsdienst; Svenja May Arbeitsfeld Migrationspolitische Fragestellungen; Veröffentlicht am: 25.04.2012 [http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/IB/2012-01-12-zweiter-indikatorenbericht.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/IB/2012-01-12-zweiter-indikatorenbericht.pdf?__blob=publicationFile)

- **Online-Hilfeportal für Betroffene von Kindesmissbrauch wird eingerichtet**

Der Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Johannes-Wilhelm Rörig, plant für dieses Jahr die Einrichtung eines Online-Hilfeportals für Betroffene und Helfer. Dies teilte Rörig am 7. März vor dem Familienausschuss mit. Das Online-Portal soll „eine Lotsenfunktion“ übernehmen, um Hilfesuchende zu unterstützen. An der Erstellung würden auch Fachleute zur Rechtsberatung und Therapie beteiligt. [...]

Zu den vorrangigen Aufgaben Rörigs gehört es laut eigener Aussage, die Empfehlungen des Runden Tisches zur Prävention und Intervention in allen Bereichen der Jugend- und Bildungsarbeit sowie des Gesundheitswesens umzusetzen. Er habe deshalb unter anderem Treffen mit den Vertretern der kommunalen Spitzenverbände, der Landesjugendverbände, der Kirchen, des Sportbundes, des Bundesjugendrings, der Deutschen Krankenhausgesellschaft anberaumt beziehungsweise schon abgehalten.

Alle Fraktionen im Ausschuss signalisierten Rörig ihre Unterstützung für seine Arbeit. Positiv bewerteten sie unter anderem seinen Plan, mit einer weiteren Öffentlichkeitskampagne für einen offeneren Umgang in der Gesellschaft beim Schutz vor Kindesmissbrauch zu werben.

Quelle: hib vom 7.3.2012

- **Die Bundesregierung hat die vom Bundesminister des Innern vorgelegte Demografiestrategie der Bundesregierung beschlossen.**

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend nimmt die Herausforderungen des demografischen Wandels dauerhaft in den Blick – etwa mit der Förderung familienfreundlicher und flexibler Arbeitszeiten, mit der erfolgreichen Einführung der Familienpflegezeit, mit dem Bundesfreiwilligendienst sowie der Stärkung der Jugendfreiwilligendienste, mit dem Kitausbau, mit der Weiterentwicklung der Mehrgenerationenhäuser, mit der Fortführung des Programms „Soziales Wohnen im Alter“ oder mit der Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive in der Altenpflege. [...]

Mit ihrer Demografiestrategie legt die Bundesregierung Handlungsfelder fest, in denen sie die Grundlagen für Wachstum, Wohlstand und sozialen Zusammenhalt stärken und absichern will. Im Mittelpunkt stehen dabei die Lebensbereiche, in denen Menschen die Folgen des demografischen Wandels am deutlichsten spüren.

**Die Handlungsfelder der Strategie lauten:**

- Familie als Gemeinschaft stärken
- Motiviert, qualifiziert und gesund arbeiten
- Selbstbestimmtes Leben im Alter
- Lebensqualität in ländlichen Räumen und integrative Stadtpolitik fördern
- Grundlagen für nachhaltiges Wachstum und Wohlstand sichern
- Handlungsfähigkeit des Staates erhalten

Hier ist der Text zu finden: [http://www.eaf-bund.de/fileadmin/user\\_upload/Links/Weitere\\_Texte\\_Materialien/demografiestrategie.pdf](http://www.eaf-bund.de/fileadmin/user_upload/Links/Weitere_Texte_Materialien/demografiestrategie.pdf)

Quelle: BMFSFJ Internetredaktion Pressemitteilung Nr. 43/2012 / Veröffentlicht am Mi 25.04.2012

- **„Elternbegleitung Plus“: 100 neue Bildungsnetzwerke für Familien starten**

100 Einrichtungen der Familienbildung werden als „Elternbegleitung Plus“ in den kommenden drei Jahren vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert, um Eltern mehr Unterstützung in Bildungsfragen zu geben. [...]

Das Bundesfamilienministerium erweitert die klassische Familienbildung um den Aspekt der elterlichen Bildungsbegleitung. Wo es möglich ist, gehen Fachkräfte auf die Eltern zu und sprechen sie von sich aus an. Ob es um die frühe Förderung, um den Spracherwerb oder um Bildungsübergänge

geht: Eltern sollen zukünftig Informationen zu den Angeboten vor Ort gebündelt vorfinden. Die Beratung zu Bildungsfragen wird zukünftig umfassender und zielgenauer auf die Bedürfnisse von Eltern und Kinder eingehen. Für Familien, für die eine frühe Förderung ihrer Kinder ungewohnt ist oder die sich im deutschen Bildungssystem fremd fühlen, will „Elternbegleitung Plus“ mehr aktive Ansprache anbieten.

Die 100 Modellstandorte „Elternbegleitung Plus“ sind Teil des Bundesprogramms „Elternchance ist Kinderchance – Elternbegleitung der Bildungsverläufe der Kinder“, das vom Bundesfamilienministerium bis Ende 2014 getragen wird. Jeder der 100 Modellstandorte „Elternbegleitung Plus“ wird mit 10.000 Euro jährlich von März 2012 bis Ende 2014 gefördert. Mit bundesweit 4.000 Elternbegleitern zielt das Programm darüber hinaus darauf ab, Eltern mehr Rat und Kompetenz zu Erziehungs- und Bildungsfragen zu bieten. Elternbegleiter sind qualifizierte Fachkräfte der Familienbildung, die Familien jenseits des Kita- und Schulalltags für Bildungsbelange sensibilisieren.

Mehr Informationen finden Sie unter [www.elternchance.de](http://www.elternchance.de)

Quelle: BMFSFJ Pressemitteilung Nr. 28/2012, veröffentlicht am Mi 07.03.2012

### ● **Zehn Teilnehmer am Projekt „Mehr Frauen in Führungspositionen – Regionale Bündnisse für Chancengleichheit“**

Zehn Kommunen und Landkreise in ganz Deutschland nehmen am Programm „Mehr Frauen in Führungspositionen – Regionale Bündnisse für Chancengleichheit“ teil, das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wird.

Beworben hatten sich 49 Städte und Landkreise aus 14 Bundesländern, aus denen eine Fachjury unter Beteiligung des Ministeriums jetzt die Gewinner ermittelt hat.

Den Zuschlag erhielten:

- Hansestadt Rostock
- Stadt Bautzen
- Stadt Regensburg
- Stadt Salzgitter
- Kreis Unna
- Stadt Lörrach
- Landkreis Saarlouis
- Lahn-Dill-Kreis
- Burgenlandkreis
- Stadt Dülmen

[...]Die Regionalen Bündnisse für Chancengleichheit starten im ersten Halbjahr 2012 mit der Gründung von „Runden Tischen“. Sie entwickeln gemeinsam mit Unternehmen, Verbänden und Netzwerken einen Fahrplan für die Region mit spezifischen Zielen und Aktivitäten. Pro Bündnis werden sich rund zehn Unternehmen aus verschiedenen Branchen, darunter mindestens ein kommunales Unternehmen, aktiv beteiligen.

Ausgewiesene Expertinnen und Experten beraten die Bündnisse kostenfrei.

Zusätzlich finden regionale und überregionale Workshops und Veranstaltungen zum branchenspezifischen und branchenübergreifenden Erfahrungsaustausch statt. Das Projekt hat eine Laufzeit von vier Jahren.

Die Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft (EAF) wird das Programm koordinieren und die Unternehmen dabei unterstützen, Konzepte zur Förderung von Frauen in Führungspositionen zu entwickeln und umzusetzen. Die Website der EAF ([www.eaf-berlin.de](http://www.eaf-berlin.de)) informiert kontinuierlich über die Aktivitäten und Fortschritte des Projekts.

Quelle: BMFSFJ Internetredaktion; Pressemitteilung Nr. 27/2012 Veröffentlicht am Mo 5. März 2012

## ● **450 Mehrgenerationenhäuser starten in das Aktionsprogramm II**

Zur Auftaktveranstaltung für das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser II hat die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Kristina Schröder, Vertreterinnen und Vertreter aller 450 ausgewählten Mehrgenerationenhäuser nach Berlin eingeladen. Erstmals kommen alle 450 teilnehmenden Einrichtungen, darunter 44 neue Häuser, zusammen. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hatte in Abstimmung mit den Bundesländern aus mehr als 600 eingereichten Bewerbungen die Mehrgenerationenhäuser für das neue Bundesprogramm ermittelt. Seit Januar 2012 nehmen diese Häuser an dem Programm teil. [...]

Im Mittelpunkt der Veranstaltung steht – neben dem Kennenlernen und dem Erfahrungsaustausch – auch die vertiefte Behandlung der aktuellen Schwerpunktthemen:

### → „Alter und Pflege“

Etablierung von Beratungsangeboten für ältere Menschen, Pflegebedürftige und Demenzkranke und ihre Angehörigen

### → „Integration und Bildung“

Etablierung integrationsfördernder und bildungsunterstützender Angebote in möglichst vielen Häusern

### → „Haushaltsnahe Dienstleistungen“

Nachhaltige Festigung der Mehrgenerationenhäuser als die Dienstleistungsdrehscheiben in der jeweiligen Standortkommune

### → „Freiwilliges Engagement“

Stärkere Vernetzung mit Einrichtungen und Initiativen – wie Freiwilligenagenturen, Seniorenbüros, Jugendmigrationsdiensten

Insgesamt 450 Mehrgenerationenhäuser nehmen an dem neuen Programm teil, in nahezu jedem Landkreis und jeder Kreisfreien Stadt wurde ein Haus etabliert. Jedes Haus erhält – wie im Aktionsprogramm I – einen jährlichen Zuschuss von 40.000 Euro.

Aus Bundes- und ESF-Mitteln werden dabei 30.000 Euro jährlich finanziert; die weiteren 10.000 Euro übernehmen Land oder Kommune.

Weitere Informationen zum Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser finden Sie unter [www.mehrgenerationenhaeuser.de](http://www.mehrgenerationenhaeuser.de)

Quelle: BMFSFJ Internetredaktion; Pressemitteilung Nr. 41/2012; veröffentlicht am Di 24.04.2012

## **Zahlen, Daten, Fakten**

### ● **Statistische Bundesamt: Betreuer-Kind-Verhältnis 2011 in Kitas leicht verbessert**

Das zahlenmäßige Verhältnis zwischen pädagogisch tätigen Personen und betreuten Kindern in Kindertageseinrichtungen hat sich in Gruppen mit Kindern im Alter bis 2 Jahre weiter verbessert. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, war zum Stichtag 1. März 2011 bundesweit in diesen Gruppen eine Betreuerin oder ein Betreuer für 4,7 Kinder verantwortlich. Ein Jahr zuvor lag das Betreuungsverhältnis bei 1 zu 5,0, im März 2007 hatte der Personalschlüssel noch 1 zu 5,7 betragen. [...]

Quelle: Statistisches Bundesamt vom 13.3.2012

[https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2012/03/PD12\\_090\\_225.html](https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2012/03/PD12_090_225.html)

## Themen, die weiter zu beobachten sind

- **Juristinnenbund: Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes hilft Kindern nicht**

Von der geplanten Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes profitiert nur der Staat. Sie verbessert die Chance, den Unterhalt bei den Unterhaltspflichtigen einzutreiben, gibt diesen Vorteil aber nicht an die Kinder Alleinerziehender weiter, bemängelt der Deutsche Juristinnenbund (djb).

Das Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) soll alleinerziehenden Elternteilen finanzielle Erleichterung und Sicherheit verschaffen. Dieser Weg wird indes nicht konsequent weiter verfolgt. Die Koalitionsvereinbarung, das Kindesalter von 12 auf 14 Jahre zu erhöhen, ist fallen gelassen worden. Auch bleibt es bei der Anrechnung der Hälfte des Kindergeldes, so dass Alleinerziehende, die keinen Unterhalt von der oder dem Unterhaltspflichtigen erhalten, weiterhin schlechter gestellt sind. Dies ist umso unverständlicher, als es durch die Einführung einer Auskunftspflicht der Kreditinstitute wahrscheinlicher wird, die staatlichen Vorschüsse vom unterhaltspflichtigen Elternteil tatsächlich wieder einzutreiben.

Quelle: Pressemitteilung des Deutschen Juristinnenbundes vom 29.2.2012

- **Bundeskonzferenz zur Kindertagespflege in Berlin am 23.4.2012**

[...] Auf der Bundeskonferenz stellt das Bundesfamilienministerium Ergebnisse und Erfahrungen aus dem Aktionsprogramm Kindertagespflege vor. Expertinnen und Experten präsentieren Ergebnisse der entwicklungspsychologischen Forschung, empirische Erkenntnisse und Beispiele aus der Praxis. Die Bundeskonferenz ist zugleich der Startschuss für das neue Programm zur Festanstellung von Tagespflegepersonen, mit dem Zuschüsse zu den Personalausgaben gewährt werden sollen. Ab dem 1. August 2012 bis längstens 31. Dezember 2014 werden acht Millionen Euro Fördermittel aus dem Europäischen Sozialfonds und Bundesmitteln über das Bundesfamilienministerium zur Verfügung gestellt.

Mit dem Aktionsprogramm Kindertagespflege unterstützt das Bundesfamilienministerium seit 2008 den qualitativen und quantitativen Ausbau der Kindertagespflege. An bundesweit 160 Standorten wurden Strukturen zur Gewinnung, Qualifizierung, Vermittlung, Fachberatung und Vernetzung von Tagespflegepersonen auf- und ausgebaut. Anlässlich der Bundeskonferenz werden die Ergebnisse der Evaluation vorgestellt. Daneben fördert das Aktionsprogramm die flächendeckende Grundqualifizierung im Umfang von 160 Stunden und die tätigkeitsbegleitende Weiterbildung von Tagespflegepersonen und bietet umfassende Information und Beratung zu Fragen rund um das Thema Kindertagespflege an.

Weitere Informationen finden Sie unter [www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de) und [www.fruehe-chancen.de](http://www.fruehe-chancen.de).

Quelle: BMFSFJ Internetredaktion Pressemitteilung Nr. 38/2012

Veröffentlicht am Mo 23.04.2012

- **Opfer der DDR-Heimerziehung erhalten Unterstützung**

Bundesregierung und ostdeutsche Länder stellen Bericht zur Heimerziehung in der DDR vor

Für viele der Säuglinge, Kinder und Jugendlichen in den Heimen der DDR gehörten Zwang und Gewalt zum Alltag. Das ist das zentrale Ergebnis des Berichts „Aufarbeitung der Heimerziehung in der DDR“, den der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Hermann Kues, gemeinsam mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium des Inneren, Dr. Christoph Bergner, und den zuständigen Ministerinnen und Ministern aus den ostdeutschen Bundesländern heute in Berlin vorstellt.

„Das Leid der Betroffenen der Heimerziehung, ob in Ost oder West, berührt alle“, erklärt der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Hermann Kues. „Nachdem wir den Fonds Heimerziehung West

eingrichtet haben, ist es mir auch ein persönliches Anliegen, dass wir nun denjenigen helfen, die unter der Heimerziehung in der DDR gelitten haben. Der heute vorgestellte Bericht ist ein erster Schritt zur Aufarbeitung dieses Kapitels in der Geschichte der DDR. Der nächste wichtige Schritt ist die Einrichtung des Fonds ‚Heimerziehung in der DDR in den Jahren von 1949 bis 1990‘ zum 1. Juli dieses Jahres. Damit können wir das Unrecht nicht ungeschehen machen. Aber beide Fonds können den Betroffenen helfen, die Folgen dessen, was sie in den Heimen erlebt und durchlitten haben, zu mildern oder zu überwinden.“

- ➔ Auf der Grundlage des Berichts „Aufarbeitung der Heimerziehung in der DDR“ kommen die Bundesregierung und die ostdeutschen Länder zu der Einschätzung, dass
- ➔ Zwang und Gewalt für viele Säuglinge, Kinder und Jugendliche in DDR-Heimen eine alltägliche Erfahrung war
- ➔ in den Spezialheimen der Jugendhilfe allgemein die Menschenrechte verletzt und den Betroffenen Bildung verweigert wurde. Außerdem wurden sie zur Arbeit gezwungen
- ➔ die Erlebnisse in den Heimen zu massiven Beeinträchtigungen der Lebenschancen und Entwicklungspotentiale der Betroffenen geführt haben, die über den Heimaufenthalt hinaus bis heute nachwirken
- ➔ viele Betroffene an den Spätfolgen, schlechten beruflichen Chancen, Stigmatisierungen und psychischen Traumatisierungen leiden.

Die Bundesregierung und die ostdeutschen Länder wollen den Betroffenen Hilfe bei der Bewältigung von Folgen der Heimerziehung und deren Aufarbeitung anbieten.

Dazu soll ein Hilfesystem nach dem Vorbild des Fonds Heimerziehung West geschaffen werden. Der Bund und die ostdeutschen Länder werden für den geplanten Fonds insgesamt 40 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Damit sollen u. a.

Anlauf- und Beratungsstellen in den ostdeutschen Ländern eingerichtet werden, die den Betroffenen bei der Aufarbeitung ihrer Lebensgeschichte, bei der Suche nach ihren Akten und beim Zugang zu Hilfeleistungen und Rentenersatzleistungen aus dem Fonds helfen. Ein kostenloses Infotelefon gibt den Betroffenen zudem Auskunft über die zuständigen Informationsstellen in den Ländern (Tel. 0800 / 100 49 00). [...]

Den Bericht und die Expertisen sowie allgemeine Informationen zum Fonds Heimerziehung West und Kontaktdaten der Informationsstellen in den ostdeutschen Ländern und Berlin finden Sie auf der Website [www.fonds-heimerziehung.de](http://www.fonds-heimerziehung.de).

Quelle: BMFSFJ Internetredaktion Pressemitteilung Nr. 31/2012

Veröffentlicht am Mo 26.03.2012

### ● **Neue Studie über die Auswirkungen von Ganztagesbetreuung für die Kinder von Alleinerziehenden vorgestellt**

Frühkindliche Betreuung hat gerade für Kinder von Alleinerziehenden positive Auswirkungen, da unter anderem das Armutsrisiko, von dem Alleinerziehende überdurchschnittlich häufig betroffen sind, durch eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung gesenkt werden kann. Das ist eines der Ergebnisse der Studie „Gesamtgesellschaftliche Effekte einer Ganztagesbetreuung von Kindern von Alleinerziehenden“, des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) im Auftrag des Bundesfamilienministeriums und des Deutschen Roten Kreuzes (DRK). [...] Die Untersuchungen des IW Köln zeigen, dass ein flächendeckendes Betreuungsangebot die Wahrscheinlichkeit einer Erwerbsaufnahme von Alleinerziehenden erhöht. Durch ein besseres Betreuungsangebot nimmt vor allem die Chance zu, dass Alleinerziehende ihren Wunsch nach einer Vollzeittätigkeit realisieren können. Die Armutsgefährdungsquote von Alleinerziehenden in Vollzeitbeschäftigung beträgt 5,2 Prozent, bei Erwerbslosen ist sie etwa zehnmal so hoch. Durch Angebote an Ganztagsbetreuung entstehen folglich Aufstiegschancen für Alleinerziehende. [...]

Aber auch für die öffentliche Hand zahlen sich die Investitionen in Ausbau der Infrastruktur aus.

IW-Geschäftsführer Dr. Hans-Peter Klös betont die Bedeutung der langfristigen Perspektive von Investitionen in die Infrastruktur: „Den zusätzlichen jährlichen Ausgaben in Höhe von rund 2,4 Milliarden Euro stehen infolge der höheren Erwerbstätigkeit, Einsparungen bei der Nachqualifizierung der Kinder sowie steigenden positiven Produktivitätseffekten mittelfristig höhere Einnahmen der öffentlichen Hand gegenüber. In zwanzig Jahren werden die kumulierten Einnahmen die Ausgaben übertreffen.“

Die Studie „Gesamtgesellschaftliche Effekte einer Ganztagesbetreuung von Kindern von Alleinerziehenden“ finden Sie im Internet unter [www.iwkoeln.de/Alleinerziehende](http://www.iwkoeln.de/Alleinerziehende) und [www.drk.de](http://www.drk.de).

Quelle: BMFSFJ Internetredaktion; Pressemitteilung Nr. 32/2012

Veröffentlicht am Do 29.03.2012

### ● **Splittingvorteil geht fast komplett an Familien mit Kindern**

Die Ehe ist mit einem Anteil von 72 Prozent weiter die meist gelebte Familienform der Eltern mit minderjährigen Kindern. Auch heute noch würden rund 90 Prozent der Splittingwirkung im Einkommensteuerrecht auf Ehepaare mit Kindern entfallen, heißt es in der Antwort der Bundesregierung (17/9006) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (17/8556). Zur Frage nach der Rechtfertigung des Ehegattensplittings vor dem Hintergrund des Wandels des Gesellschaftsbildes schreibt die Regierung, sie wolle die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Fragestellung der steuerlichen Behandlung der eingetragenen Lebenspartner abwarten. Die Einführung der Zusammenveranlagung mit Splittingverfahren für eingetragene Lebenspartnerschaften würde reich rechnerisch Steuermindereinnahmen von jährlich rund 30 Millionen Euro verursachen.

Quelle: hib Nr. 166 vom 28. März 2012

### ● **Anonyme und vertrauliche Hilfen für Schwangere in Notlagen**

Bericht vom Expertenworkshop am 19.01.2012 beim Deutschen Verein in Berlin

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge als bundesweite Vereinigung kommunaler und freier, gemeinnütziger Träger der sozialen Arbeit veranstaltete am 19. Januar 2012 den Expertenworkshop „Anonyme und vertrauliche Hilfen für Schwangere in Notlagen“[...]. Ziel der Veranstaltung war es, die Ergebnisse der Studie des Deutschen Jugendinstitutes „Anonyme Geburt und Babyklappen in Deutschland“ vorzustellen und daraus abzuleitende Schlussfolgerungen gemeinsam zu diskutieren. Anschließend sollte erörtert werden, wie das Hilfesystem weiterentwickelt werden müsse, um Schwangere in Konfliktsituationen besser zu unterstützen und Wege für die künftige Gestaltung der anonymen und vertraulichen Kindesabgabe aufzuzeigen. [...]

Zur erwähnten DJI Studie zu „Anonyme Geburt und Babyklappen“ gelangen Sie über den angegebenen Link [http://www.dji.de/Projekt\\_Babyklappen/Berichte/Abs.](http://www.dji.de/Projekt_Babyklappen/Berichte/Abs.PDF)

[PDFInfodienst/Bericht Expertenworkshop Anonyme Hilfen 19-1-2012.pdf](http://www.dji.de/Projekt_Babyklappen/Berichte/Abs.PDF)

Quelle: INFODIENST VOM LANDESFAMILIENRAT BADEN-WÜRTTEMBERG - AUSGABE 2012 - 03/02

### ● **SPD will Erfordernis des Spracherwerbs vor Einreise beim Ehegattennachzug aufheben**

Das Erfordernis des Sprachnachweises vor einer Einreise nach Deutschland beim Ehegattennachzug soll nach dem Willen der SPD-Fraktion aufgehoben werden. In einem entsprechenden Gesetzentwurf (17/8921) verweist die Fraktion darauf, dass seit der Einführung dieses Erfordernisses im Jahr 2007 nachzugswillige Eheleute aus Drittstaaten „schon bei Beantragung eines Visums, also vor Einreise in das Bundesgebiet, einfache Deutschkenntnisse nachweisen“ müssen.

Diese Regelung sei eingeführt worden, um Zwangsehen zu verhindern, heißt es in der Vorlage weiter. Allerdings fehlten bislang empirische Belege dafür, dass dieses Ziel durch das Erfordernis des Spracherwerbs vor Einreise erreicht wird. Demgegenüber seien zahlreiche Fälle dokumentiert, „in denen es Ehepartnern in freiwillig geschlossenen Ehen langfristig unmöglich ist, die eheliche Lebensgemeinschaft in Deutschland zu leben“. Deshalb solle das Erfordernis des Sprachnachweises

vor Einreise aufgehoben werden. Beibehalten werden sollen dagegen dem Entwurf zufolge die geltenden Regelungen, wonach der nachziehende Ehepartner bei fehlenden Sprachkenntnissen nach der Einreise nach Deutschland einen Integrationskurs besuchen muss.

Quelle: hib Nr. 131 vom 14. März 2012

### • **Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention diskutiert**

Gut sieben Monate, nachdem das Kabinett den Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (NAP) beschlossen hat, haben die Sachverständigen bei einer öffentlichen Anhörung des Ausschuss für Arbeit und Soziales den Fortschritten ein gemischtes Zeugnis ausgestellt. Grundlage für die Veranstaltung am Montagnachmittag waren vier Oppositionsanträge ([17/7942](#), [17/7872](#), [17/7889](#), [17/7951](#)), die sich mit der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland beschäftigen.

Die NAP sei ein wichtiges Instrument, sagte Peter Bartmann von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege. Jedoch müssten die darin enthaltenen Maßnahmen verbindlich festgelegt werden und über das staatliche Engagement hinausgehen. Valentin Aichele vom Deutschen Institut für Menschenrechte kritisierte, dass das Problem bei der Umsetzung des NAP unter anderem darin liege, dass die verantwortlichen Stellen nicht hinreichend mit Personalmitteln ausgestattet seien. Ulrich Hellmann von der Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung bedauerte, dass „bei Weitem nicht alle Anregungen von Menschen mit Behinderung in den NAP Eingang gefunden haben“. Er forderte eine Intensivierung der Diskussion darüber, wie der NAP verbessert werden könne. [...] Der Vorschlag der SPD-Fraktion, zu prüfen, wie Leistungen zur sozialen Teilhabe einkommens- und vermögensunabhängig gezahlt werden könnten, stieß ebenfalls auf Kritik. Dies könne Kosten in Höhe von 300 Millionen bis eine Milliarde Euro bedeuten, sagte Matthias Münning von der Bundesgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe. Er schlug daher die Realisierung des Bundesteilhabegeldes als „realisierbaren und schnelleren Schritt“ vor. Kritik an den Oppositionsanträgen kam auch von der Sozialrechtlerin Minou Banafsche. Viele Fragen blieben offen, vor allem die sozialrechtliche Schnittstelle sei problematisch, sagte sie.

Quelle: hib Nr.140 vom 19. März 2012

### • **Regierung will Pflege neu ausrichten**

Demenzkranke und ihre Angehörigen sollen nach dem Willen der Bundesregierung vom kommenden Jahr an mehr und bessere Leistungen erhalten. Die Regierung hat dazu einen Gesetzentwurf ([17/9369](#)) „zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung“ (PNG) vorgelegt, der am Donnerstag, 26. April, in erster Lesung im Bundestag beraten werden soll. Zum 1. Januar 2013 ist zudem eine Erhöhung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung um 0,1 Prozentpunkte auf 2,05 Prozent – bei Kinderlosen auf 2,3 Prozent – geplant. Das soll in den Jahren 2013 bis 2015 Mehreinnahmen in Höhe von insgesamt rund 3,54 Milliarden Euro einbringen. Ferner soll die freiwillige private Pflege-Vorsorge steuerlich gefördert werden. Dies bedarf jedoch noch einer eigenen gesetzlichen Regelung. Im einzelnen ist im PNG vorgesehen, dass Versicherte ohne Pflegestufe mit „erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz“ (sogenannte Pflegestufe 0) erstmals Anspruch auf ein Pflegegeld in Höhe von monatlich 120 Euro oder Pflegesachleistungen von bis zu 225 Euro erhalten. Demenzkranke mit Pflegestufe I („erhebliche Pflegebedürftigkeit“) sollen ein um 70 Euro auf 305 Euro erhöhtes Pflegegeld oder um 215 Euro auf bis zu 665 Euro erhöhte Pflegesachleistungen bekommen. Demenziell Erkrankte mit Pflegestufe II („schwere Pflegebedürftigkeit“) erhalten den Angaben zufolge ein um 85 Euro auf 525 Euro erhöhtes Pflegegeld oder um 150 Euro auf 1.250 Euro erhöhte Pflegesachleistungen. Die bisher auf Antrag und nach erfolgter Prüfung gewährten zusätzlichen Betreuungsleistungen in Höhe von 100 beziehungsweise 200 Euro – etwa für die Inanspruchnahme einer Tagespflege – bleiben den Angaben zufolge bestehen.

Die Regierung schlägt vor, dass ambulante Pflegedienste künftig neben der Grundpflege und der hauswirtschaftlichen Betreuung auch gezielte Betreuungsleistungen für Demenzkranke anbieten. Zu dieser häuslichen Betreuung zählen laut Gesetzentwurf beispielsweise Hilfen zur Aufrechter-

haltung einer Tagesstruktur und eines Tag-/Nacht-Rhythmus, die Begleitung auf Spaziergängen, die Ermöglichung von Verwandtenbesuchen und die Begleitung zum Friedhof. Der Entwurf schließt aus, dass durch die Neuregelung der Leistungsbetrag erhöht wird – das heißt, wer heute schon Grundpflege und hauswirtschaftliche Betreuung erhält, muss in diesen beiden Bereichen Abstriche machen, um auch häusliche Betreuung zu bekommen. Der Anspruch auf häusliche Betreuung soll nach dem Willen der Regierung im Übrigen nur dann bestehen, „wenn gewährleistet ist, dass die Grundpflege und die hauswirtschaftliche Versorgung sichergestellt sind“.

Nach den Plänen der Regierung können Pflegebedürftige und ihre Angehörigen Leistungen der Pflegedienste künftig flexibler in Anspruch nehmen, indem statt verrichtungsbezogene Leistungskomplexe bestimmte Zeitvolumina für die Pflege gewählt werden. Mit den Pflegediensten zusammen können Pflegebedürftige und Angehörige dann entscheiden, welche Leistungen in diesem Zeitkontingent erbracht werden.

Der Gesetzentwurf sieht ferner vor, pflegenden Angehörigen eine Auszeit zu erleichtern. Das Pflegegeld soll künftig zur Hälfte weitergezahlt werden, wenn eine Kurzzeit- oder Verhinderungspflege in Anspruch genommen wird. Die Pflegekassen sollen den Angaben zufolge verpflichtet werden, spätestens fünf Wochen nach Eingang über einen Antrag auf Pflegebedürftigkeit zu entscheiden. Ansonsten müssen sie nach dem Willen der Bundesregierung je Tag der Verzögerung 10 Euro an den Antragsteller zahlen. Der Spitzenverband Bund der Pflegekassen wird laut Gesetzentwurf verpflichtet, bis zum 31. März 2013 Richtlinien zur stärkeren Dienstleistungsorientierung der Medizinischen Dienste bei der Begutachtung zu erlassen. Für alle Gutachter, die unter der Verantwortung der Medizinischen Dienste Begutachtungen zur Eingruppierung in Pflegestufen vornehmen, soll ein „Verhaltenskodex“ aufgestellt werden, „der sie zu einem respektvollen Verhalten gegenüber den Versicherten und Angehörigen verpflichtet“.

Künftig werden dem Gesetzentwurf zufolge Wohngemeinschaften (WG) für Pflegebedürftige als Versorgungsalternative zur Pflege zu Hause oder im Heim gefördert. Pflegebedürftige, die in einer solchen ambulant betreuten WG leben, bekommen einen Zuschlag von pauschal 200 Euro monatlich. Damit soll laut Regierung dem höheren Organisationsaufwand Rechnung getragen werden. Voraussetzung für die Zahlung des Zuschlags ist den Angaben zufolge, dass in der WG mindestens eine Pflegekraft organisatorische, verwaltende oder pflegerische Tätigkeiten verrichtet. Darüber hinaus ist ein befristetes Programm zur Gründung von Wohngruppen vorgesehen mit einer Förderung von 2.500 Euro pro Person, maximal 10.000 Euro pro Gruppe. Davon sollen laut PNG notwendige Umbauten in der Wohnung bezahlt werden. Insgesamt stehe ein Budget von 30 Millionen Euro bereit, das bis spätestens Ende 2015 auszuschöpfen ist. Die Regierung erwartet, dass damit 3.000 neue WG gefördert werden können.

Die Regierung schreibt, bereits heute seien rund 2,4 Millionen Menschen pflegebedürftig. „In wenigen Jahrzehnten“ werde die Zahl der pflegebedürftigen Personen auf mehr als vier Millionen steigen. Um den daraus erwachsenden Herausforderungen gerecht zu werden, müsse unter anderem neu definiert werden, „wer als pflegebedürftig anzusehen ist“. Dieser neue Pflegebedürftigkeitsbegriff sei „in mehreren Schritten umzusetzen“. Vor Einführung des neuen Begriffs würden „die noch zu klärenden umfassenden Umsetzungsfragen parallel zu diesem Gesetzgebungsverfahren“ von einem Expertenbeirat bearbeitet und damit die erforderlichen weiteren Schritte vorbereitet, heißt es im Entwurf.

Quelle: hib Nr. 198 vom 24. April 2012

## Nützliche Informationen

- **„Kinder schützen!“ – Evangelische Jugend gibt als erster Jugendverband umfassende Hilfestellungen zur Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes**

Am 1. Januar 2012 ist das Bundeskinderschutzgesetz in Kraft getreten. Als erster Jugendverband

hat nun die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e.V. (aej) eine umfassende Arbeitshilfe mit Hinweisen und Empfehlungen zur Umsetzung des Gesetzes in der Kinder- und Jugendarbeit herausgegeben.

Ziel des Gesetzes ist es, dass Kinder- und Jugendliche besser vor Gewalt, Missbrauch und Vernachlässigung geschützt werden. Auch die Kinder- und Jugendarbeit ist aufgefordert, hieran mitzuwirken, etwa

- bei der Abwehr von Kindeswohlgefährdungen
- durch verbindliche Qualitätsentwicklungen
- durch die Überprüfung der Eignung von Fachkräften (Führungszeugnisse)
- durch den Abschluss von Kooperationsvereinbarungen mit Jugendämtern.

Dies ist eine erhebliche Herausforderung an die Praxis evangelischer Kinder- und Jugendarbeit [...]

Die Arbeitshilfe kann bei der aej-Geschäftsstelle zu einem Einzelpreis von € 9,50 zuzüglich Versandkosten bestellt werden.

Bestelladresse: Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e.V. (aej), Otto-Brenner-Str. 9, 30159 Hannover, E-Mail: [bestellung@aej-online.de](mailto:bestellung@aej-online.de).

### ● „Eine absolute Bankrotterklärung“

Feministin Barbara Vinken über das Emanzipations-Buch von Kristina Schröder

„Naiv“, „populistisch“, „reaktionär“: Die Literaturwissenschaftlerin Barbara Vinken kritisiert das Buch „Danke, emanzipiert sind wir selber!“ von Familienministerin Kristina Schröder. Das Buch sei antifeministisch und ein Plädoyer dafür, dass man das Familienministerium eigentlich abschaffen könnte.

Den vollständigen Artikel erreichen Sie im Internet unter der URL <http://www.dradio.de/dkultur/sendungen/thema/1731630/>

Quelle: Deutschlandradio Kultur vom 16. April 2012

### ● Familienpolitik und Fertilität. Monitor Familienforschung Ausgabe Nr. 27 erschienen

<http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Monitor-Familienforschung-Ausgabe-27,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf>

Redaktionsschluss: 30. April 2012



Über Anregungen, Rückmeldungen und geeignete Veranstaltungshinweise für kommende Ausgaben unseres Newsletters freuen sich Esther-Marie Ullmann-Goertz (Redaktion) und A. Kremer (Layout und Verteiler). E-Mail: [info@eaf-bund.de](mailto:info@eaf-bund.de)



Die Fachzeitschrift der eaf, die Familienpolitischen Informationen (FPI), erscheint sechs Mal jährlich. Sie kann bei der Bundesgeschäftsstelle (Einzelheft 1,70 € / Jahresabonnement 7,00 €) bestellt werden: <http://www.eaf-bund.de>.

Inhaltsverzeichnisse des laufenden Jahrgangs und Artikel vergangener Jahre können auf der Website der eaf eingesehen werden: <http://www.eaf-bund.de/newsletter.html>.



Weitere aktuelle Informationen, Texte, Stellungnahmen, Pressemitteilungen und Dokumentationen der eaf sind auf unserer Homepage <http://www.eaf-bund.de/> zu finden.